



Matthias Bauer\*

### Nichtregierungsorganisationen in der TTIP-Debatte: Kommt von Herzen, was auf Herzen wirken soll?

In Deutschland und anderen europäischen Ländern prägen Nichtregierungsorganisationen (Non-Governmental Organisation, NGO) die öffentliche Meinung zu Fragen der Globalisierung so stark wie nie zuvor. Auf Kosten des geplanten Handels- und Investitionsabkommens der EU mit den USA, TTIP, führt eine kleine, stark vernetzte Gruppe von NGOs in vielerlei Hinsicht einen ideologischen Stellvertreterkrieg gegen multinationale Konzerne, nationale Regierungen und die Europäische Union. Die politischen Gegner der NGOs werden dabei häufig per se unter den Generalverdacht gestellt, den Bürgern nachhaltig schaden zu wollen, und entsprechend dieses Verdachts diffamiert. Mit dem Kampagnenslogan »Stopp TTIP« wurde besonders in der deutschen Öffentlichkeit eine trügerische Kakophonie über die Globalisierung angestimmt, die sich in den Köpfen vieler Menschen festgesetzt hat und deshalb mehr ist als vorübergehender Lärm.

### Nichtregierungsorganisationen haben die Debatte über TTIP und die Globalisierung emotional vergiftet und üben gerade deshalb erfolgreich Druck auf die Politik aus

Die Anti-TTIP-Bewegung in Deutschland ist entgegen vieler Behauptungen keine Graswurzelbewegung. Sie wurde von einer kleinen Anzahl stark vernetzter zivilgesellschaftlicher Gruppen top-down initiiert. Die inhaltliche und organisatorische Kernarbeit wird dabei von attac Deutschland, dem Bund Umwelt und Naturschutz (BUND), Campact, Foodwatch, Greenpeace, Mehr Demokratie und dem Forum Umwelt und Entwicklung geleistet. Zusammen mit den politischen Parteien DIE GRÜNEN und DIE LINKE wurden in den vergangenen drei Jahren schlagkräftige Protestkampagnen

abgestimmt und organisiert. Sie bündeln personelle Ressourcen, Spenden und vereinnahmte Steuergelder, um offensiv und polarisierend Stimmung gegen die Verhandlungen des Handels- und Investitionsabkommens TTIP zu machen.

Die NGOs setzen in den Kampagnen primär auf Emotionen. Es geht ihnen nicht um eine ausgewogene Debatte über die Vor- und Nachteile von Freihandelsabkommen. Harte wirtschaftliche Argumente jenseits von – anfangs unglaublich vorgetragenen – Wachstums- und Arbeitplatzeffekten zählen nicht oder werden mit allgemeiner Kapitalismuskritik ins Gegenteil verkehrt. Ein Blick auf die von den NGOs konzentriert wiedergegebenen Kritikpunkte offenbart, dass deren Argumente dem empirischen Test nicht standhalten. Diejenigen Kritikpunkte, auf die die empirische Forschung keine abschließenden Antworten geben kann, wurden von der Politik, beispielsweise durch eine umfassende Reform des Investitionsschutzrechts, bereits adressiert (vgl. Braml und Felbermayr 2016; EU-Kommission 2015). Und dennoch: Mit Erfindungsreichtum, Themen-Hopping und einem beständigen Verunglimpfen privatwirtschaftlicher Interessen schaffen es die Kampagnenmanager der NGOs, die Deutungshoheit zu gewinnen und die Politik unter Druck zu setzen.

### Nationalismus, Wut und Isolation sind die Gewinner einer gefährlichen Spirale des Schweigens

In Deutschland wurde die öffentliche Debatte von den Kampagnenmanagern der erklärten Anti-TTIP-NGO bereits so vergiftet, dass sich inzwischen selbst eingefleischte Befürworter von Freihandel und Globalisierung in der Debatte nicht mehr öffentlich zu Wort zu melden. Erst im September 2016 hat sich der in Deutschland durchaus beliebte Humorist Dieter Nuhr mit einer Satire über die TTIP-Kritiker die Nase verbrannt: »Rechte, Linke, Religiöse [gegen TTIP]. Da gehen die Linken gemeinsam mit Donald Trump und Marine Le Pen und dem Herrn Kaczyński aus Polen. Wahnsinn. Herzlich willkommen im 21. Jahrhundert.« (vgl. WDR 2016, Ergänzung durch den Autor). Mit diesen Äußerungen hat Nuhr im Internet einen Sturm aus Empörung, Hass und Feindseligkeit geerntet: Auf der obskuren Internetseite »Die Propagandaschau – Der Watchblog für Desinformation und Propaganda in deutschen Medien« schrieb man beispielsweise »Regierungsc clown Dieter Nuhr macht Propaganda für TTIP & CETA«.

Die zunächst mehrheitliche Unterstützung für TTIP in Deutschland ist seit 2013 kontinuierlich und besonders deutlich gefallen. Eine aktuelle Umfrage von DALIA Research kommt zu dem Ergebnis, dass nur noch 32% der Deutschen und 13% der Österreicher für TTIP sind. Zum Vergleich: In Polen und dem Vereinigten Königreich sind zum Stand August 2016 70% der Bürger für TTIP. Selbst im, dem Protektionismus lange zugeneigten, Frankreich wird TTIP von der

\* Dr. Matthias Bauer ist Senior Economist beim European Centre for International Political Economy (ECIPE), Brüssel.

Mehrheit der Bürger befürwortet (vgl. DALIA Research 2016). Der deutliche Wandel in der öffentlichen Meinung ist durch das Aufkommen der NSA-Affäre, den politischen und wirtschaftlichen Nachwirkungen der Eurokrise und der damit verbundenen Skepsis gegenüber der Europäischen Union, wenn überhaupt, nur ansatzweise zu erklären. Auch die stille »Liebe zur Planwirtschaft«, wie sie das Institut für Demokratie Allensbach (ifd Allensbach) den Deutschen im Jahr 2013 attestierte, kann lediglich als Nährboden für den Erfolg der Anti-TTIP-Kampagnen in Deutschland in Betracht gezogen werden (vgl. ifd Allensbach 2013).

Mit dem Querschnittsthema TTIP haben die NGOs ein breites Lager aus liberal-konservativ geprägten Kreisen erreicht. Dabei profitieren die Kampagneninitiatoren von lang etablierten Netzwerken, zu denen verschiedene umweltpolitische Organisationen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und kirchliche Organisationen zählen. Diese wiederum, um politische Profilbildung, Spenden und Mitgliedsbeiträge bemüht, beteiligen sich an Protestaktionen, indem sie beispielsweise die eigenen Mitglieder über E-Mail-Newsletter auffordern, Online-Petitionen leichtgläubig zu »unterzeichnen« (vgl. von der Burchard 2016). Sie suggerieren dabei nach außen häufig das »WIR« und damit bewusst die Botschaft, die Meinungsführerschaft zu haben.

### **Die »TTIP-Wut« der Deutschen haben sich die NGO-Netzwerke(r) hart erarbeitet**

In den sozialen Online-Medien in Deutschland dominierten die Botschaften erklärter Anti-TTIP-Bündnisorganisationen bereits 2014 über 90% der Online-Medienberichterstattung. Die Kampagnenmanager beschränkten sich mit Kalkül auf besonders intuitive, trügerische Metaphern. Nachrichten wie »TTIP ist ein Angriff auf unsere Demokratie«, eine »Attacke gegen unseren Rechtsstaat« oder ein »Trojanisches Pferd multinationaler Konzerne« verbreiteten sich viral im Internet und wurden von klassischen Medien nur selten nachrecherchiert und hinterfragt (vgl. Bauer 2016).

Wie in einer Kurzreportage des ARD-Magazins Plusminus vom 14. Dezember 2016 deutlich wird, zielten die von den Kampagnen-NGOs entwickelten Banner und Schlagzeilen nicht darauf ab, Bürger ausgewogen und evidenzbasiert zu informieren (ARD 2016). Das Gegenteil war der Fall. Auch ein Blick auf die Aufmacher von Google-Bezahlanzeigen zeigt: Mit griffigen Protest-Slogans erzeugten etablierte NGOs wie Greenpeace, Foodwatch oder das Umweltinstitut München bei der Suche nach dem Schlagwort »TTIP« ein nachhaltig negativ geprägtes moralisches Bild von dem Abkommen.

60% der in Bauer (2016) analysierten 1 508 TTIP-Informationsveranstaltungen in deutschen Vereinssälen, Gemeinderäumen und Universitäten wurden von erklärten An-

ti-TTIP-Bündnisorganisationen organisiert. 48% aller auf diesen Veranstaltungen aufgetretenen TTIP-Experten sind Vertreter erklärter Anti-TTIP-Bündnisorganisationen. Von Top-50-Meinungsmachern zu TTIP in Deutschland sind elf Politiker der GRÜNEN, zehn Vertreter von den GRÜNEN nahestehenden NGOs, acht Politiker der SPD, sechs Politiker der LINKEN, sieben Vertreter von Gewerkschaften, sechs Vertreter von kirchlichen NGOs, zwei Politiker der CDU und ein Politiker der FDP. 37 der Top-50-Redner zum Thema TTIP sind Vertreter erklärter Anti-TTIP-Organisationen. Ein Blick auf die öffentlich abrufbaren Vita der Anti-TTIP-Experten zeigt: Sie wurden beruflich ausnahmslos in politischen Parteien, staatlichen Institutionen, Gewerkschaften oder NGOs sozialisiert. Allein dieser Fakt bedürfte einer eingehenderen staats- und moralphilosophischen Analyse, die in diesem Kommentar nicht mit der erforderlichen Sorgfalt geleistet werden kann.

Langjährige persönliche Kontakte und NGO-Netzwerke entfalteten eine enorme gesellschaftspolitische Schlagkraft. Ein Beispiel: Das in Berlin ansässige, politisch der Partei DIE GRÜNEN nahestehende, Forum Umwelt und Entwicklung (FuE) rief mit der Kampagne »TTIPunfairhandelbar« pauschal zum Stopp der TTIP-Verhandlungen und zu damit verbundenen Massenprotesten auf. Die Mitgliedsorganisationen des FuE, z.B. der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), der Deutsche Naturschutzring (DNR), die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und das Hilfswerk der evangelischen Kirchen, Brot für die Welt, entfalteten die notwendige Multiplikatorwirkung, indem sie eigene Mitglieder und Mitgliedsorganisationen explizit zur Pauschalverurteilung der TTIP-Verhandlungen anleiteten.

### **Die undurchsichtige Rolle der Europäischen Kommission**

Die Europäische Kommission dürfte den meisten Beobachtern der TTIP-Verhandlungen lediglich als Verhandlungsführer bekannt sein. Weniger bekannt ist, dass Teile der Europäischen Kommission die TTIP-Verhandlungen mit Kalkül bereits seit 2013 durch den Aufbau einer breit angelegten zivilgesellschaftlichen Gegenbewegung unterminierten. Vor allem die Generaldirektion Entwicklungspolitik finanzierte über das niederländische Transnational Institute (TNI) bereits im Jahr 2013 ein breites europäisches Bündnis erklärter Anti-TTIP-NGOs. TNI-Vorstand Susan George, ehemalige Greenpeace-Funktionärin und Ehrenpräsidentin von attac Frankreich, hat auf einer Anti-TTIP-Stakeholder-Konferenz im Europäischen Parlament im Dezember 2014 über das Abkommen gesagt: »TTIP ist ein sehr gefährliches Tier. Ein Tier, das es nicht verdient, in die Liste der bedrohten Tierarten aufgenommen zu werden. Es muss gestoppt werden. Absolut und vollständig.« Insgesamt sind seit 2013 etwa 3 Mio. Euro europäischen Steuergeldes von der Europäischen Kommission an das TNI geflossen.

Besonders brisant ist zudem: Bereits im Jahr 2013 wurde zwischen der Europäischen Kommission und dem TNI explizit vereinbart, dass 3 Mio. europäische Bürger, 100 Europaparlamentarier, 200 Kandidaten für das Europäische Parlament, 600 NGOs und 2 000 Studenten formell für das Thema europäische Investitionspolitik sensibilisiert und/oder für Internetkampagnen gewonnen werden sollten. Die vom TNI finanzierten Partner-NGOs bilden heute den harten Kern des europäischen Anti-TTIP-Bündnisses, das in Fundamentalopposition zu den TTIP-Verhandlungen steht. Nach Angaben der Europäischen Kommission ist eine Evaluierung des Projektes nicht vorgesehen. Die Partnerorganisationen bzw. Subunternehmer des TNI tauchen im Transparenzregister der Europäischen Union nicht als Empfänger von öffentlichen Geldern der Europäischen Kommission auf.

## Fazit

NGOs haben in den vergangenen vier Jahren die Deutungshoheit über Freihandelsabkommen gewonnen. Mit Erfindungsreichtum und griffigen Metaphern wollen sie bis heute bestimmen, wie Globalisierung von breiten Teilen der Bevölkerung wahrgenommen werden soll. Dabei sind sie Dritten nicht rechenschaftspflichtig, selbst dann nicht, wenn Kampagnen mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. Statt ausgewogen über die Chancen und Folgen von Freihandelsabkommen aufzuklären, üben sich die erklärten Anti-TTIP-Bündnisorganisationen in Fundamentalopposition gegen den Freihandel. Statt zu informieren, wird über moderne Kommunikationskanäle zum Massenprotest aufgerufen. So haben beispielsweise fast 1,6 Mio. Deutsche eine Petition zur europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP (online) gezeichnet. Bis zum Stichtag der Petition gab es hingegen nur etwa 13 000 registrierte Besuche auf der Website der europäischen Kommission, wo die offiziellen Verhandlungsunterlagen explizit auf deutscher Sprache zur Verfügung gestellt werden (vgl. Bauer 2016).

Die Protest-NGOs setzen einerseits auf die Meinungsmacht der sozialen Online-Medien. Andererseits verstehen sie es, Gewerkschaften, klerikale Organisationen, Bauernverbände und auch die deutsche Kulturwirtschaft in die Protestaktionen einzubinden. Gleichzeitig zeichnen sich eher globalisierungsfreundliche und gegenüber den TTIP-Verhandlungen offen eingestellte politische Akteure sowie Vertreter der Wirtschaft durch mangelnde Kampagnenfähigkeit aus. Auch unter Wissenschaftlern ist kritikloses Wegsehen bislang eher die Regel als die Ausnahme.

Die Expertise und moralische Autorität der Anti-TTIP-NGOs darf angezweifelt werden. Neben der Aussicht auf individuelle politische Mandate spielen strategische Organisationsinteressen wie politische Profilbildung und die Maximierung von Spendeneinnahmen eine gewichtige Rolle. Sie erklären auch, warum drängende sozioökonomische Probleme, wie

Einkommens- und Vermögensungleichheit, Bildungs-, Subventions- und internationale Wettbewerbspolitik aufgrund mangelnder Kampagnenfähigkeit und Interessenkonflikten zwischen den NGOs nicht aufgegriffen werden.

Globalisierung sollte als Prozess der Intensivierung einer möglichst diskriminierungsfreien, regelgeleiteten internationalen Arbeitsteilung verstanden werden. Vor dem Hintergrund der seit 20 Jahren festgefahrenen Freihandelsverhandlungen unter dem Dach der Welthandelsorganisation stellen die Verhandlungen über TTIP eine einzigartige Chance dar, eine Blaupause für universell akzeptierte Prinzipien, Handelsregeln und vor allem hohe Standards für die globale Arbeitsteilung zu vereinbaren. Welches Forum, welches Format, wenn nicht TTIP, könnte dazu beitragen, dass nationale Regulierungsgeismen auch jenseits eines transatlantischen Wirtschaftsraumes überwunden werden, damit zukünftig auch Menschen aus den Entwicklungs- und Schwellenländern auf der Basis verlässlicher Regeln und transparenter Regierungsführung von der Einbindung in internationale Wertschöpfungsprozesse profitieren können?

Offene Märkte sind, im Sinne des Soziologen Albert Hirschman (1977), die Basis für die Evolution »leidenschaftsloser, vernunftgeleiteter« sozialer Interaktion, materiellen Wohlstands, moralischer Tugenden und letztlich Frieden. Eine derartige Klarstellung ist notwendiger denn je geworden, muss man sich als (wirtschafts-)wissenschaftlicher Befürworter von TTIP-Verhandlungen und Globalisierung nunmehr den Vorwurf gefallen lassen, man sei ein Lobbyist für multinationale Konzerne oder gar eine Inkarnation böser Mächte. Den Befürwortern friedfertiger offener Gesellschaften und verantwortungsvoller Regierungsführung sollte dies zu denken geben.

## Literatur

- ARD (2016), »Freihandel: So schüren Gegner Ängste«, ARD Plusminus, 14. Dezember, verfügbar unter: <http://mediathek.daserste.de/Plusminus/Freihandel-So-schüren-Gegner-Ängste/Video?bcastId=432744&documentId=39512718>.
- Bauer, M. (2015a), *Emotionen statt Argumente – Hintergründe zu den Protesten gegen TTIP*, KAS Analysen und Argumente 173, Berlin.
- Bauer, M. (2015b), *Klicks gegen TTIP, Netzaktivismus als Mittel zur Massenmobilisierung*, KAS Analysen und Argumente 174, Berlin.
- Bauer, M. (2016), »Manufacturing Discontent: The Rise to Power of Anti-TTIP Groups«, ECIPE Occasional Paper 2, November.
- Braml, M. und G. Felbermayr (2016), »Internationaler Investitionsschutz: Die Fakten«, *ifo Schnelldienst* 69(23), 23–28.
- DALIA Research (2016), »What do Europeans think about TTIP? Results from two surveys in April and August 2016«, Präsentation im Rahmen der Konferenz »Manufacturing Discontent – The Rise to Power of Anti-TTIP Groups«, 28. November 2016.
- DNR (2013), *Leistungsbericht des Deutschen Naturschutzrings 2013*, verfügbar unter: <http://www.dnr.de/downloads/leistungsbericht-2013.pdf>.

EU-Kommission (2015), »EU finalises proposal for investment protection and Court System for TTIP«, Pressemitteilung, 12. November, verfügbar unter: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-15-6059\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6059_en.htm).

Hirschman, A. (1977), *The Passions and the Interests – Political Arguments for Capitalism before its Triumph*, Princeton University Press, First Princeton Classics Edition 2013, Princeton und Oxford.

IfD Allensbach (2013), »IfD Umfrage Nr. 11017«, November, Institut für Demoskopie, Allensbach.

von der Burchard, H. (2016), »Die Freihandelsgegner schlachten ihre goldene Gans«, *Die WELT*, 24. September, verfügbar unter: <https://www.welt.de/wirtschaft/article158334544/Die-Freihandelsgegner-schlachten-ihre-goldene-Gans.html>.

WDR (2016), »CETA und TTIP – Nuhr dafür!«, WDR 2 Zugabe – Beiträge, 16. September, verfügbar unter: <http://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr2/wdr2-zugabe-beitraege/audio-ceta-und-ttip---nuhr-dafuer-100.html>.